

USA blockieren wichtige Uno-Reform

Neuer Uno-Menschenrechtsrat kann nicht starten

Die Uno-Menschenrechtskommission hat gestern in Genf ihre möglicherweise letzte Jahreskonferenz eröffnet und sogleich um eine Woche vertagt. Grund ist der verzögerte Entscheid der Uno-Generalversammlung über den geplanten Menschenrechtsrat.

John Bolton, US-Botschafter bei der Uno, ist wenig begeistert: «Der Vorschlag für den Menschenrechtsrat hat zu viele Mängel und sollte neu ausgehandelt werden», erklärte er, als der Entwurf Ende Februar veröffentlicht wurde. Seither vertreten die USA eine harte Haltung und verlangen höhere Standards für das neue Gremium, das die 1948 ins Leben gerufene Menschenrechtskommission ersetzen soll. Bolton verlangt, dass neu verhandelt werde, sonst werde er den Vorschlag ablehnen.

Neu in Inland & Ausland:

Chaos bei Neuverhandlungen

Die USA stehen mit ihrer Opposition gegen den Menschenrechtsrat alleine da. Viele Staaten teilen zwar die Meinung Washingtons, die jetzige Lösung sei nicht perfekt, doch der neue Rat ist in den Augen der Mehrheit ein klarer Fortschritt gegenüber der Menschenrechtskommission. Diese gilt als Schandfleck der Uno, weil Länder wie Sudan, Simbabwe oder Kuba darin Einsitz haben – Länder, die schwerer Menschenrechtsverstösse angeklagt sind. Nachdem der Präsident der Uno-Generalversammlung, der Schwede Jan Eliasson, fünf Monate lang intensiv mit den 191 Mitgliedstaaten verhandelt hat, drängen die Delegationen auf eine rasche Verabschiedung.

«Wenn wir erneut zu verhandeln beginnen, führt das zu einem Chaos», sagte der chilenische Uno-Botschafter Heraldo Munoz der «New York Times». Der Entwurf sei ein klarer Kompromiss und gehe nicht so weit, wie sich viele erhofft hätten, aber ausser den USA könnten alle Länder damit leben. Trotzdem hat die Opposition der USA zu einem Aufruhr in der Uno geführt, da «einem Menschenrechtsrat ohne die USA die Glaubwürdigkeit fehlen würde», wie der britische Uno-Botschafter Emyr Jones Parry erklärte.

Zweidrittelmehrheit ein Muss

Entscheidend für die USA ist in erster Linie, dass die Mitglieder des neuen Rats mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden müssen. Dies hatten neben den USA auch Uno-Generalsekretär Kofi Annan sowie Menschenrechtsorganisationen gefordert, doch nun ist bei der Wahl eine einfache Mehrheit vorgesehen. Wie wichtig dieser Punkt den USA war, konnte Eliasson nicht wissen. In den entscheidenden Treffen im Februar, als die verschiedenen Länder ihre Forderungen darlegten, erwähnte Bolton die Zweidrittelmehrheit mit keinem Wort. Die Menschenrechtsorganisationen erhofften sich zwar auch einen stärkeren Menschenrechtsrat, unterstützen den vorliegenden Vorschlag jedoch einhellig, da er eine deutliche Verbesserung gegenüber der Menschenrechtskommission darstelle. Kenneth Roth, Direktor von Human Rights Watch, betont, dass es selbst mit einer einfachen Mehrheit unmöglich für Sudan oder Simbabwe sei, in den Menschenrechtsrat gewählt zu werden. Weitere Vorteile sehen die Menschenrechtsorganisationen darin, dass der von 53 auf 47 Mitglieder verkleinerte Rat mindestens zehn Wochen pro Jahr (bisher sechs Wochen) tagen wird.

Roth erinnert daran, dass Bolton im vergangenen Herbst und Winter nicht an den über dreissig Sitzungen, in denen Vorschläge für den Menschenrechtsrat ausgearbeitet wurden, teilgenommen habe. Das habe den Eindruck entstehen lassen, die USA seien nicht wirklich am Menschenrechtsrat interessiert. Bolton wehrt sich gegen solche Kritik. Die USA drängten auf Neuverhandlungen, weil sie einen starken, wirkungsvollen Menschenrechtsrat wollten.

[Google-Anzeigen](#)

[Schweiz Chat](#)

[Politik](#)

[Wirtschaft](#)

[Tagblatt](#)